

Pulsnitzer Anzeiger

Dhormer Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Pf., bei Lieferung frei Haus 50 Pf. Postbezug monatlich 2,80 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 8 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stells.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimatkreis, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. L. 2200. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Stiller-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 267

Sonnabend, den 14. November 1936

88. Jahrgang

Krach in der Pariser Kammer Ohrfeigengefecht um den Innenminister Salengro

Gelegentlich der Aussprache über die Beschuldigungen der Rechten gegen den französischen Innenminister, nämlich, daß Innenminister Salengro während des Krieges fahnenflüchtig geworden sei, kam es in der Kammer zu einer Saalschlacht, wie man sie bisher in der Geschichte des französischen Parlamentarismus wohl kaum beobachtet haben dürfte.

Der rechtsstehende Abgeordnete Bequart führte in seiner „Anklagerede“ aus, daß der Beschluß des sogenannten Ehrengerichts, dem General Gamelin vorstand, keine Aufklärung des Falles gebracht hätte. Die Zeugen aussagen, die vorlägen, gingen ausschließlich darauf hinaus, daß Salengro während eines vollkommen ruhigen Tages die französischen Stellungen verlassen habe und seither spurlos verschwunden gewesen sei. Er habe behauptet, den Leichnam eines am vorhergehenden Tage gefallenen Kameraden zwischen den Stellungen suchen zu wollen. Die Frage sei aber, warum er dann in einem Brief erklärt habe, er sei während einer Schlacht gefangen genommen worden. Sofort nach der Gefangenahme Salengros habe eine heftige Beschimpfung der französischen Stellungen eingesetzt.

Die Haltung Salengros sei entweder die eines Helden oder eines Deserteurs. Seine Vorgesetzten hätten ihn aber nie für eine Auszeichnung vorgeschlagen, sondern ihn im Gegenteil vor das Kriegsgericht zitiert. Salengro habe die Möglichkeit gehabt, seine Ankläger wegen Verleumdung zu verfolgen. Er habe davon keinen Gebrauch gemacht.

Zum Schluß gab der Interpellant seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß von fünf Richtern sich zwei für die Schuld Salengros ausgesprochen hätten. Dies sei ein dunkler Punkt, der unbedingt aufgeklärt werden müsse.

Nachdem Bequart seine Ausführungen beendet hatte, betrat Ministerpräsident Léon Blum die Rednertribüne, um seinen Innenminister zu verteidigen. Auf der Rechten lebte sofort ein Tumult ein.

Zwei Kommunisten sprangen daraufhin über ihre Bank hinweg zu der Rechten, und in wenigen Sekunden kam es zu einer beispiellosen Saalschlacht im Parlament. Es hagelte von allen Seiten Ohrfeigen.

Unter unbeschreiblichem Lärm versuchte Kammerpräsident Herriot die beiden kämpfenden Parteien auseinanderzubringen. Léon Blum auf der Rednertribüne brauchte meh-

reere Minuten, um sich überhaupt der Lage bewußt zu werden. Er verließ schließlich die Tribüne, als er von Herriot dazu aufgefordert wurde. Erst nach längeren Bemühungen gelang es den Saalbedienten, die Ruhe einigermaßen wiederherzustellen, nachdem Herriot inzwischen die Sitzung aufgehoben hatte.

Bei Wiederaufnahme der Sitzung betrat dann wieder Ministerpräsident Léon Blum die Rednertribüne, um die Verteidigungsrede für seinen Innenminister zu halten. Er erklärte, daß Salengro nur ein einziges Mal vor ein Kriegsgericht gestellt und mit drei gegen zwei Stimmen freigesprochen worden sei. Wenn einige Blätter das Gegenteil behaupteten, so geschehe das lediglich, um innere Zwietracht zu säen.

Ministerpräsident Léon Blum erinnerte abschließend daran, daß die Kammer keinen Freispruch zu fällen habe, denn dies sei bereits vom Kriegsgericht geschehen, sondern daß sie die Aufgabe habe, einen gemeinen Feldzug zu brandmarken.

Der schwerkranken, rechtsstehende Abgeordnete Valat, forderte dann den Innenminister auf, sich mit dem Schiedsgericht eines Ehrengerichts einverstanden zu erklären und dieses Ehrengericht aus den Reihen seiner politischen Gegner zu wählen.

Ein anderer Abgeordneter der Rechten gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß sich Salengro nicht selbst von der Tribüne der Kammer herab verteidigt habe.

Er habe vergeblich auf jenen Schrei der Entrüstung gewartet, den jeder Schuldlose abgegeben haben würde.

Diese Aufforderung veranlaßte Innenminister Salengro zu einigen kurzen Bemerkungen, in denen er lediglich erklärte, daß er als Soldat ebenso seine Pflicht getan habe wie jeder andere.

Der Kammerpräsident gab die zum Fall Salengro vorliegenden Entschlüsse bekannt.

Die Kammer nahm zum Abschluß der Aussprache eine Entschlüsse an, in der zum Ausdruck kommt, daß sie den Feldzug gegen Salengro verurteilt und der Regierung das Vertrauen dafür ausdrückt, daß sie ein Pressegesetz erläßt, das in Zukunft derartige Verleumdungen unmöglich macht.

Vertagung des französischen Parlaments

Die französische Kammer hat sich auf den 24. November, der Senat auf den 27. November vertagt. Die Beratung der Steuerreform ist wegen der feindseligen Haltung nicht nur der Opposition, sondern auch eines Teiles der Radikalfazialisten zurückgestellt worden.

Beck's London-Besuch beendet

Dunkel über das Ergebnis der Verhandlungen

Der polnische Außenminister Beck hat London nach einem fünfjährigen Aufenthalt wieder verlassen. Der geringe Raum, den die Zeitungen dem Besuch, den Verhandlungen Beck's gegeben und vor allem der Abreise des polnischen Außenministers gewidmet haben, läßt erkennen, daß das Hauptinteresse Englands zur Zeit noch in Westeuropa liegt, und daß die Verhandlungen zu keinem bedeutungsvollen Ergebnis geführt zu haben scheinen.

Von amtlicher Seite wurde mitgeteilt, daß die britische Regierung mit den Ergebnissen der Besprechungen zwischen Oberst Beck und mehreren britischen Ministern zufrieden sei. Die polnische Presse zeigt sich in ihren Ausführungen ebenfalls zufrieden mit den Verhandlungen Beck's in London. Man müsse sich erinnern, schreibt die amtliche polnische Telegraphen-Agentur „Patriot“, daß Polen mit zwei der wahrscheinlichsten Unterzeichner des vorgesehenen Westpakt's zweifelhafte Verträge habe, nämlich das Bündnis mit Frankreich und die Verständigung mit Deutschland.

Die berechtigten Belange Polens verlangten daher, daß diese zweifelhafte Verträge durch das Nichtzustandekommen eines Westpakt's nicht im geringsten berührt oder in ihrem Werte vermindert würden.

Graf Ciano über die Wiener Konferenz

Der italienische Außenminister Graf Ciano hat anläßlich des Abschlusses der Wiener Konferenz gegenüber einem Vertreter der Amtlichen Nachrichtenstelle eine Erklärung abgegeben, daß seine Wiener Besprechungen mit Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und Staatssekretär Dr. Schmidt neuerdings den festen Willen Österreichs und Italiens bewiesen hätten, im gegenseitigen Einvernehmen das Aufbauprogramm im Sinne der römischen Protokolle fortzusetzen und damit auch einen Beitrag zur friedlichen Zusammenarbeit der Nationen Europas zu liefern.

Die halbamtliche italienische Zeitung „Giornale d'Italia“ betont in einem Kommentar nachdrücklich, daß man es bei dem „italienisch-österreichisch-ungarischen Verein“ keinesfalls mit einer Blockbildung zu tun habe, die im Gegensatz zu anderen Gruppen stehe. Die römischen Protokolle seien vielmehr als erste Etappe auf dem Wege zu einer Neuordnung des Donauproblems zu werten, wobei ihre Ausdehnung auf andere Donaufürstentümer jedoch nur langsam erfolgen könne.

Die neuen Abmachungen, so schreibt „Giornale d'Italia“ weiter, zwischen den einzelnen Protoststaaten und anderen Ländern müßten in Form zweifelhafte Ver-

träge abgeschlossen werden. Im Gegensatz zu den Beziehungen zu den Staaten der Kleinen Entente seien die Beziehungen zwischen den Protoststaaten und Deutschland mit ihren offenkundigen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen im Donauraum vollkommen geklärt, und bilden ein stabiles System gleichgerichteter Ziele.

Auch die österreichische und die ungarische Presse sind mit dem Ergebnis der Dreierbesprechungen in Wien zufrieden.

Und jetzt Budapest...

Der italienische Außenminister, Graf Ciano, traf am Freitag in Budapest ein. Auf dem mit ungarischen und italienischen Flaggen geschmückten Budapest Hauptbahnhof wurde Graf Ciano von Ministerpräsident Daranyi und Außenminister Ranya feierlich empfangen. Die Straßen der Hauptstadt trugen reichen Fahnen Schmuck. Die Budapest Blätter widmen dem italienischen Gast herzliche Worte der Begrüßung und feiern in ihm unter Hinweis auf die Revisionserklärung Mussolinis in Mailand den Vertreter des italienischen Regierungschefs.

Ciano im ungarischen Reichstag

Stürmische Subdigungen für Italien.

Der italienische Außenminister Ciano stattete dem ungarischen Reichstag einen Besuch ab. Als Graf Ciano während der Sitzung des Abgeordnetenhauses die Diplomaten betrat, wurde er von den Abgeordneten mit jubelnden Ovationen und Hochrufen auf den König von Italien und Mussolini begrüßt.

Der Präsident des Reichstages begrüßte den italienischen Außenminister mit einer Ansprache, in der er im Namen der ungarischen Nation dem tiefen Dank für den Freund Ungarns, dem König- und Kaiserreich Italien, Ausdruck gab. Der Reichstagspräsident bat den italienischen Außenminister, dem Führer des italienischen Volkes für sein Bekenntnis für die gerechte Sache Ungarns den aufrichtigen Dank Ungarns zu übermitteln.

Romreise Horthy's Ende November

Der Besuch des ungarischen Reichsverwesers Horthy beim italienischen König in Rom ist nunmehr auf die Zeit zwischen dem 25. und 30. November festgelegt worden. In ungarischen diplomatischen Kreisen rechnet man allgemein mit einem baldigen italienischen Gegenbesuch, der bereits in der ersten Dezemberhälfte erfolgen soll. Eine endgültige Entscheidung, ob tatsächlich, wie gerüchtweise verlautet, der König von Italien und Mussolini in offizieller Erwidierung des Besuchs des Reichsverwesers von Horthy in Rom nach Budapest kommen, liegt noch nicht vor.

Unverständliches Urteil

Polnisches Gericht verurteilt Reichsdeutsche zu Unrecht.

Am letzten Reichswahltag im März dieses Jahres befanden sich zahlreiche Reichsdeutsche aus dem Kreise Rybnik in Deutsch-Oberschlesien, um ihrer Wahlpflicht zu genügen. Während der Heimfahrt wurden die Reichsdeutschen von Mitgliedern des polnischen Verbandes der Aufständischen überfallen und mißhandelt. Gegen mehrere Aufständische wurde Anzeige erstattet. Der Staatsanwalt in Rybnik lehnte jedoch eine Strafverfolgung mit der Begründung ab, daß ein „öffentliches Interesse nicht vorliege“. Merkwürdigerweise wurden aber elf Reichsdeutsche im Verwaltungsstreitverfahren zu Haft- und Geldstrafen verurteilt, weil sie angeblich die Aufständischen „provokiert“ hätten. Gegen diese Strafen legten die Reichsdeutschen Berufung ein. Jetzt wurde die Angelegenheit vor dem Bezirksgericht in Rybnik verhandelt. Obwohl sämtliche Angeklagten den Vorwurf, die Aufständischen herausgefordert zu haben, übereinstimmend zurückwiesen, kam das Gericht zu einer Verurteilung der Reichsdeutschen und erkannte auf je 50 Zloty Geldstrafe.

